

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wlendamstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

12. Oktober 1968 - 82 / II  
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

NEUE VIETNAM-AKTION DER AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION (SEITE 4)  
FRITZ TEUFEL: WIE DIE JUSTIZ SICH SELBST ABSCHAFFT (SEITE 7)  
HAFTANSTALT TEGEL: NEUE MATERIALIEN ZUR AFFÄRE (SEITE 8)  
HAFTANSTALT TEGEL: FAKSIMILE DER VON DEN GEFANGENEN HERGESTELLTEN ZEITUNGEN (SEITEN 10 - 12)

AFFÄRE TEGEL: UNTERSUCHUNG UND NEUE ANKLAGEN

Die durch eine Veröffentlichung im EXTRA-Dienst (80/II) bekanntgewordenen Zustände in der Strafanstalt Tegel haben Westberlins Justiz aufgeschreckt. Alle Westberliner Freitagszeitungen berichteten, teilweise in großer Aufmachung - "Bild"-Aufmacher auf Seite 3: "Gefängnis-Skandal?" - über die EXTRA-Dienst-Enthüllungen, meist allerdings ohne Angabe der Quelle. Justizsenator Hoppe, die Leitung der Haftanstalt Tegel und der Präsident des Justizvollzugsamtes, Schmiedecke, tagten am Donnerstag eineinhalb Stunden lang. Sitzungsergebnis laut offizieller Mitteilung: Sofortige Einleitung einer Untersuchung; ein Sondersachbearbeiter des Generalstaatsanwalts hat in Tegel die Untersuchung aufgenommen. Die Kriminalpolizei wurde ebenfalls in die Ermittlungen eingeschaltet.

Unoffiziell war zu erfahren, daß "ein erheblicher Teil der Vorwürfe offenbar berechtigt ist." Offiziell hingegen hieß es, daß Vorwürfe, wie sie von den Gefangenen erhoben würden, der "Anstaltsleitung in Tegel bisher nicht bekannt geworden sind". Dazu der Text eines der letzten Flugblätter aus Tegel - EXTRA-Dienst dokumentiert andere ab Seite 10 - der eindeutig besagt, daß die Gefangenen ihre Vorwürfe gar nicht anbringen konnten: "In der Strafanstalt Tegel werden aufrührerische Flugblätter gefunden", heißt es im Flugblatt Nummer 5. "Die Anstaltsleitung antwortet mit massivem Druck auf die Insassen, die bereit sind, die Aufrührer zu verraten. Herr Direktor, wäre eine Diskussion nicht besser gewesen? Viele warten auf eine Diskussion mit Ihnen, die viele Unstimmigkeiten beseitigen könnte." Für dieses Flugblatt gibt es übrigens ein Impressum: Ein Strafgefangener zeichnete mit vollem Namen für den Inhalt verantwortlich.

Während die Untersuchungen laufen, werden aus Tegel schon neue Affären bekannt. Der Strafgefangene W. wurde, nach Zeugenaussagen mehrerer Gefangener, vom Wachtmeister Abendroth angegriffen, geschlagen und verletzt. Ein Grund für diesen Angriff war nicht gegeben. Während die Ermittlungen gegen W. nicht abgeschlossen sind, wird der schuldlose Strafgefangene W. zu drei Wochen verschärften Arrests verurteilt. Der Vollzug wird sofort angeordnet. Verschärfter Arrest bedeutet: hartes Lager, Kostminderung, Abgabe der Kleidung, natürlich Isolierung. Offenbar ist man in Tegel dabei, die Nerven zu verlieren.

Der Strafgefangene V., Bezieher des EXTRA-Dienstes in Tegel, bekommt den Dienst nicht mehr ausgehändigt. Er macht eine Eingabe und erfährt unter dem Datum vom 5. Ok-

tober vom Gefängnisleiter Dr. Thom, daß "Sie auf Grund Ihrer Beteiligung an der Flugblattaktion aus erzieherischen Gründen bis auf weiteres gemäß Nr. 67, Absatz 1 DVollzO in strenger Einzelhaft gehalten werden". Strenge Einzelhaft bedeutet, daß der Gefangene V. dreiundzwanzigeinhalb Stunden am Tag niemand sieht und niemand spricht. Er wird allein, unter Begleitung eines Wachtmeisters, lediglich eine halbe Stunde pro Tag im Hof spazierengeführt. Der Gefangene V., seit Februar ohne Arbeit, sitzt wegen Betrugs bereits seit 35 Monaten in Tegel. Rechtsanwalt Mahler hat sich durch Vermittlung des EXTRA-Dienstes mit dem Gefangenen in Verbindung gesetzt und seine Vertretung übernommen. Mahler ist der Auffassung, daß die Behandlung, die V. zuteil wird, der Folter gleichkommt. Er wird, wenn die Westberliner Behörden den Vollzug solcher Folterstrafen nicht einstellen, den Fall vor die Menschenrechtskommission in Straßburg bringen.

#### HUMANISTISCHE UNION: NEUE ERMITTLUNGEN ZUM 2. JUNI NOTWENDIG

Die Humanistische Union hat nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts über den widerrechtlichen Schlagstockgebrauch am 2. Juni 1967 (siehe letzte Nummer) den Generalstaatsanwalt aufgefordert, gegen die für diesen Polizei-Einsatz vor der Deutschen Oper Verantwortlichen erneut Ermittlungen einzuleiten. Als leitend verantwortliche Beamte nennt die Humanistische Union Duensing, Iwicki, Faber und Burck. Die HU hatte gegen die Genannten bereits zwei Tage nach den Zwischenfällen an der Oper Strafanzeige erstattet. Im Januar dieses Jahres waren die Ermittlungen von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht, bei dem sich die HU gegen die Einstellung beschwert hatte, bestätigte diese Entscheidung. Rechtsanwalt Mahler hat inzwischen Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Einstellung der Ermittlungen in den Fällen Duensing, Iwicki und Faber erhoben. Mahler stellt fest, daß das Verwaltungsgericht den in zahlreichen Verfahren von Demonstranten vertretenen Rechtsstandpunkt bestätigt habe. Er fordert ebenfalls, die Ermittlungen wieder aufzunehmen.

#### SPD-WESTBERLIN: 35 PARTEIORDNUNGSVERFAHREN

In den 12 Westberliner SPD-Kreisen wurden in diesem Jahr mindestens 35 Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Das Ziel war jeweils der Ausschluß. Eine Zusammenstellung über die einzelnen Kreise: Tiergarten 2 Verfahren wegen der Beteiligung an der Vietnamdemonstration der APO; in Wedding 12 Verfahren, darunter 11 wegen Stimmenthaltung bei der Abwahl eines SPD-Stadtrats, einer wegen eines "diffamierenden Briefes"; in Kreuzberg 2 Verfahren wegen Vietnam-Demonstration und "diffamierenden Briefes"; in Wilmersdorf 2 wegen kritischer Artikel; in Zehlendorf 1 wegen "Diffamierung"; in Schöneberg 1 wegen eines "diffamierenden Flugblatts"; in Steglitz 7 wegen Beteiligung an der Vietnamdemonstration bzw. wegen einer Resolution zu dieser Demonstration; in Tempelhof 1 ("diffamierendes Flugblatt"), in Neukölln 4 wegen Mitgliedschaft im Sozialistischen Club; in Charlottenburg 3 wegen Beteiligung an der Vietnamdemonstration oder kritischer Artikel; Reinickendorf und Spandau melden keine Verfahren. In Reinickendorf wurden bekanntgewordene Vietnam-Demonstranten jedoch "zur Strafe" aus ihren Funktionen als Kreisdelegierte abgewählt, und zwar satzungswidrig: "Wegen Dringlichkeit" wurde die Abwahl noch während einer Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt, was nach dem Statut nicht möglich ist.

#### 2. NOVEMBER IN DORTMUND: GRÜNDUNG DER WAHLPARTEI

Die Vorbereitung von Kreisen der Außerparlamentarischen Opposition zur Gründung einer Wahlpartei für die Bundestagswahlen 1969 nehmen Gestalt an. Am 2. November soll in der Dortmunder Westfalahalle ein "Demokratisches Wahlbündnis" konstituiert werden. Nach den vorliegenden Informationen werden sich an diesem Bündnis neben zahlreichen Einzelpersonlichkeiten und Gruppen auch Parteien wie die DFU, die neugegründete Deutsche Kommunistische Partei und der Bund der Deutschen beteiligen. Ein Aktionsprogramm soll am 20. Oktober vom Vorbereitungsausschuß beraten werden. Kontaktadressen bis zur endgültigen Konstituierung des Wahlbündnisses sind: Arno Behrisch, 5 Köln-Großkönigsdorf, Franz-Lender-Straße 25; Dr. Hans Brender, 415 Krefeld, Westwall 21; Gunnar Matthiesen, 5 Köln-Dellbrück, Anemonenweg 8.

VERANSTALTUNGEN (REPUBLIKANISCHER CLUB)

SONNABEND, 12.10., 20 Uhr: "CSSR - Modell oder Episode?" Es spricht Franz Marek, Chefredakteur der Wiener KP-Zeitung "Weg und Ziel".

SONNABEND, 12.10., 17 Uhr: Jugendgruppe des Arbeitskreises Agitprop.

MONTAG, 14.10., 20 Uhr: Arbeitskreis Kirche und Revolution.

MITTWOCH, 16.10., 20 Uhr: Kommunistische und revolutionäre Bewegung in Mexiko. Es spricht Renate von Hanffstengel.

FREITAG, 19.10., 20 Uhr: Clubdiskussion, Thema noch unbestimmt.

SONNABEND, 19.10., 20 Uhr: Politische Lyrik. Es lesen Joachim Schramm, Frank Cuegel, Klaus M. Rarisch.

TERMINE

MONTAG, 14.10., 10.45 Uhr: Prozeß gegen APO-Mitglied Horlemann in Moabit, Saal 101.  
DIENSTAG, 15.10., 20 Uhr: Der New Yorker Experimentalfilmer Sten Vanderbeek zeigt eine Auswahl seiner Filme in der Akademie der Künste (Veranstaltung der Freunde der Kinemathek).

MITTWOCH, 16.10., 9 Uhr: Prozeß gegen APO-Mitglied Paschallah in Moabit, Saal E 52; um 10.45 Uhr gegen APO-Mitglied Horlemann, Saal 101; um 12.30 gegen APO-Mitglied Multz, Saal 243.

MITTWOCH, 16.10., 19 Uhr: DGB-Haus Keithstraße: Über Jugendprobleme diskutieren mit Jugendlichen Sickert (DGB), Stobbe (SPD), Lorenz (CDU), Oxfort (FDP), Diskussionsleitung Manfred Knopf von der IG-Metall.

MITTWOCH, 16.10., 19.30 Uhr: SPD-Ausschlußverfahren gegen Rudi Schmidt wegen "Diffamierung", Rathaus Wilmersdorf, Zimmer 3097; Zutritt nur für SPD-Mitglieder.

-----  
WESTBERLIN: CHRISTLICHE KONKURRENZPARTEI ZUR CDU

Eine Christliche Volkspartei (CVP) wird sich an den nächsten Westberliner Wahlen beteiligen. Die CVP geht aus der 1946 an der Saar gegründeten Saarländischen Volkspartei hervor. Unter dem jetzigen Namen besteht sie seit einigen Monaten organisatorisch auch in Westberlin. Über Westberliner Mitgliederzahlen ist nichts bekannt, jedoch soll die Partei insgesamt 5000 Mitglieder haben. Die CVP setzt sich vorwiegend aus Mittelständlern zusammen, gibt allerdings auch zunehmende Eintritte christlicher Arbeiter bekannt, die sich offenbar von der CDU abgewandt haben. Die Partei versucht bewußt, progressive Traditionen des einstigen Zentrums aufzugreifen, versteht sich aber als überkonfessionell. Die CVP sieht die CDU als Hauptgegner an, der "sie aufgrund ihrer Konzernträgerschaft als der Grundlage der gegenwärtigen Klassenstruktur der Gesellschaft mit all ihren Widersprüchen keine wahrhaft christlichen Programm-Merkmale zuerkennen kann". Die Partei sieht ihren geistigen Standort in der Sozialenzyklika "Populorum Progressio" des Papstes Johannes XXIII, was "zwangsläufig eine Absage an die CDU" bedeutet. - Die Partei setzt sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin ein und hofft, zu einer Wiedervereinigung auf föderativer Grundlage zu kommen. Zum Reiseverkehr heißt es in einem Aktionsprogramm: "Bis zur Herstellung der konföderativen Einheit verpflichten sich beide Teilstaaten, nicht zu dulden, daß Bürger des einen Staates in das Gebiet des anderen ohne Genehmigung der Behörden des Ausreisegbietes übertreten. Damit sollen Spannungen vermieden werden." - Die Parteiführung hat am 6. Oktober den Vorstand der CDU in Bonn aufgefordert, auf die Durchführung ihres Bundesparteitages in Westberlin zu verzichten, um die Spannungen nicht zu vermehren.

SPRINGER CONTRA MAHLER: URTEIL NOCH IN WEITER FERNE ?

Im Zivilrechtsstreit des Verlagshauses Springer gegen Rechtsanwalt Horst Mahler wurden am Montag und Freitag Filme und Fotomaterial gesichtet, das von den Springer-Anwälten vorgelegt worden war und beweisen soll, daß Mahler an der Spitze eines "Stoßkeils" eine Polizeikette durchbrochen habe und ins Verlagshaus an der Kochstraße eingedrungen sei. Dazu wurden dem Springer-Verlag vom Sender Freies Berlin alle am

Gründonnerstag nach dem Dutschke-Attentat aufgenommenen Fernsehstreifen zur Verfügung gestellt. Diese Aufnahmen wurden von den Springer-Anwälten "bearbeitet", indem man Mahler jeweils im Standfoto groß ins Bild rückte, wenn er im Film erschien. Nach Ansicht von Mahler und seines Verteidigers, Rechtsanwalt Schily, beweist dieser SFB-Springer-Film jedoch genau das Gegenteil: Man sieht beispielsweise deutlich, daß Mahler kurz vor dem Springer-Haus gelassen hinter einer Polizeikette steht, wobei er den Rücken zum Haus dreht (was beim Erstürmen eines Gebäudes zumindest hinderlich wäre). Erst durch eine gegen die Polizeikette stürmende Demonstrantenmenge wird er - gemeinsam mit einigen Polizisten und Zivilpersonen - in den Eingang gedrückt (diese Szene ist allerdings nicht von den Kameraleuten verfolgt worden; sie fehlt zumindest im Film). Springer-Anwalt Dr. Rust erntete bei den Zuhörern Heiterkeit, als er erklärte, lediglich Polizisten seien "tatsächlich in den Eingang gedrängt" worden; andere Personen hätten ihn freiwillig betreten. Die Tatsache, daß der vermeintlich gewaltsame Eindringling Mahler dann nicht wie andere Demonstranten von den Polizisten wieder aus dem Haus gedrängt worden sei, erklärte Dr. Rust mit der Feststellung: "Herr Mahler war an diesem Tag anständig gekleidet. Man hielt ihn wohl für einen Angehörigen des Hauses Springer." Mit einem Urteil ist in diesem Zivilstreit, bei dem es inzwischen um mehr als eine halbe Million DM Schadensersatz geht, in naher Zukunft wahrscheinlich nicht zu rechnen. Noch ist auch nicht entschieden, ob das Gericht eine weitere Beweisaufnahme für notwendig hält.

#### ENDE OKTOBER: NEUE VIETNAM-AKTIONEN DER APO

Die Zeit zwischen dem 21. Oktober (Internationaler Vietnam-Tag) und dem 5. November (Präsidentenwahl in den USA) wird die Außerparlamentarische Opposition zu Aktionen gegen die US-Aggression in Vietnam nutzen. Geplant sind kleinere Aktionen auf örtlicher Ebene und einige größere Veranstaltungen. Gedacht ist vor allem an Straßen-Agitationen, Aktionen vor US-Kasernen und Film- und Diskussionsabende, zu denen bisher durch die Vietnam-Aggression weitgehend unberührte Bevölkerungsschichten eingeladen werden sollen. Zu "vielen kleinen Aktionen" hat in diesem Zusammenhang der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Demokratie und Abrüstung in Offenbach aufgerufen. Der Zentrale Ausschuß hat Agitationsmaterial vorbereitet, das über seine Adresse (605 Offenbach 4, Postfach 648) bezogen werden kann. Zur Verfügung stehen Flugblätter, Klebezettel, Plakate, Bilder, Slogans, Abzeichen, Zeitschriften sowie einige Filme (16 mm, Leihgebühr DM 3,- pro Tag und Film). Die Filme stammen aus Vietnam und wurden vorwiegend von DDR-Filmteams gedreht. Die Kampagne bietet vier Filme mit einer Länge zwischen 12 und 35 Minuten an.

In einem Aufruf der Kampagne für Demokratie und Abrüstung wird darauf hingewiesen, daß die amerikanische Regierung die Pariser Verhandlungen zwischen Beauftragten der USA und Nordvietnams dazu benutzt, von der ständigen Ausweitung der Eskalation abzulenken - beispielsweise drängen US-Soldaten wiederholt in die neutralisierte Zone zwischen Nord- und Südvietnam ein, die auch Ende September erstmals mit Schiffsgeschützen beschossen wurde. Der Bombenkrieg gegen Nordvietnam verschärft sich ebenfalls von Woche zu Woche. Die Kampagne: "Es besteht die Gefahr, daß (auch unter propagandistischer Ausnutzung der Intervention in der CSSR) die reaktionären Kräfte in den USA wieder vollends Oberhand bekommen, und daß nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen der heiße Krieg gegen das vietnamesische Volk noch brutaler geführt und der kalte Krieg auch an der europäischen 'Front' neu geschürt wird. Obwohl (oder gerade weil) es gegenwärtig wenig Hoffnungen gibt, daß sich in den USA die oppositionellen Kräfte durchsetzen werden, müssen wir jetzt sofort den Vietnam-Krieg in den Vordergrund unserer Aktionen stellen und die Vietnam-Kampagne des Frühjahrs wieder aufnehmen." Über Westberliner Planungen der Vietnam-Kampagne ist noch nichts bekannt.

#### MEINUNGSFORSCHUNG: CDU SCHÄTZT NPD HOCH EIN

Von der CDU beauftragte Meinungsforscher haben errechnet, daß die rechtsextremistische NPD nach den nächsten Bundestagswahlen mit 75 Mandaten im Parlament vertreten sein wird. NPD-Chef von Thadden selber verkündete jüngst, seine Truppe werde 50 Mann stark in Bonn einziehen.

## APO WESTBERLIN: FREUNDLICHER EMPFANG FÜR CLIFFORD

Zum Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Clark Clifford in Westberlin haben die Verbände und Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition eine Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. heißt: "Die APO hat ihre Mitglieder aufgefordert, dem US-Verteidigungsminister Clark Clifford am Sonnabend zwischen 12 und 13 Uhr vor dem Rathaus Schöneberg einen freundlichen Empfang zu bereiten. Niemand sollte glauben, daß die APO nicht zu würdigen weiß, daß mit Clifford schließlich der Erfinder des 'kalten Krieges', ein nimmermüder Vertreter der Rüstungsindustrie und ein Verteidiger der Berliner Freiheit in Vietnam in unserer Stadt weilt."

## EVANGELISCHE KIRCHE: AUSZUG DER JUGENDVERTRETER

Drei der sechs eingeladenen Jugendvertreter zogen aus der Synode der Evangelischen Kirche der Bundesrepublik Deutschland in Westberlin aus, nachdem sich herausgestellt hatte, daß alle "Anregungen der Konferenzen der Evangelischen Kirchen in Genf, Beirut und Uppsala auf dieser Synode im Gestrüpp der kirchenrechtlichen Kompetenzen erstickt worden sind" und weil "auf dieser Synode die Vorträge offensichtlich die Funktion eines kulturellen Beiprogramms hatten" und nicht diskutiert worden sind. Neben der offiziellen Synode hatte sich eine "Kritische Synode" gebildet, die aus etwa 40 Pfarrern und Studenten bestand und die täglich den Verhandlungsverlauf der offiziellen Synode kritisch kommentierte. In einem letzten Flugblatt erklärten die Vertreter der "Kritischen Synode", warum sie den Verhandlungen nicht mehr länger auch nur als Zuhörer beiwohnen wollten: "Vier Tage lang wollten wir euer christliches Gewissen bloßlegen. Aber wir kamen nicht mal bis an die Haut. Hundert steife Pinguine zupften sich am Frack und wollten sich nicht die Robe zerfetzen, sie wollten sich nicht bis aufs Blut zur Wahrheit provozieren. Vor lauter persönlicher, politischer, konfessioneller und brüderlicher Rücksichtnahme habt ihr mit billigen zwei Prozent den internen kalten Frieden erkaufte, auf Kosten derer, die vor euren Augen verrecken." Der Hinweis auf die zwei Prozent bezieht sich auf eine Anregung, zwei Prozent des Sozialprodukts der reichen Völker für "Entwicklungshilfe" zur Verfügung zu stellen. - EXTRA-Dienst wird in seinen nächsten Ausgaben Beiträge zur Synode veröffentlichen.

## WALLRAFF-REPORTAGE: UNTERNEHMER KAUFTE ZEITSCHRIFTEN AUF

Nach einer exemplarischen Reportage von Günter Wallraff in "konkret" über die Zustände in westdeutschen Fabriken, dargestellt am Fall der Kettenfabrik August Thiele in Kalthof bei Iserlohn, kaufte die betroffene Firma im gesamten Raum Iserlohn rund 3000 Exemplare der Zeitschrift auf, um sie nicht in die Hände der Arbeiter kommen zu lassen. Eine Wochenzeitschrift, die den Artikel nachdruckte, wurde daraufhin vom Autor und Mitgliedern des RC in Iserlohn vor den Werkstoren verkauft. Außerdem wurden aufklärende Flugblätter verteilt. Anschließend fand im Jugendclubheim von Iserlohn eine Diskussion mit Arbeitern der Thiele-Fabrik statt. Wallraff forderte die Arbeiter auf, den Kampf gegen Unternehmerwillkür aufzunehmen und mit der Bildung eines starken Betriebsrats zu beginnen.

## RC LÖRRACH: SECHS-MONATE-DISKUSSION ZUR DEUTSCHEN FRAGE

Der Republikanische Club in Lörrach veranstaltet vom Oktober 1968 bis zum März 1969 eine Vortrags- und Diskussionsreihe, die eine direkte Gegenüberstellung der Standpunkte der Bundesrepublik, der DDR und der Außerparlamentarischen Opposition zum Ziel hat. Es soll dabei über alle gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Grundfragen, die mit den beiden deutschen Staaten und ihrer Integration in die beiderseitigen Blocksysteme entstanden sind, diskutiert werden. Dieses bisher einmalige Experiment sieht vor, daß die Positionen von BRD und DDR mit einem dritten Standpunkt, dem der APO, konfrontiert werden.

## RECHTSHILFE: HILFERUF AN SPENDER

Die Rechtshilfe der Außerparlamentarischen Opposition weist darauf hin, daß die Prozeßwelle gegen Oppositionelle in der jüngsten Zeit erhöhte Ausgaben verursacht. In den

Monaten Juli bis September 1968 hat die Westberliner Rechtshilfe zwar Spenden in Höhe von 935. - DM erhalten, in der gleichen Zeit sind aber von ihr Anwaltskosten in Höhe von 6656.66 DM und Gerichtskosten in Höhe von 139.90 DM getragen worden. Die Ausgaben überstiegen also die Einnahmen um 5861.56 DM. Es läßt sich leicht ausrechnen, daß der Rechtshilfefonds, der jetzt noch etwa über 10 000 DM verfügt, schon im Februar 1969 erschöpft wäre, wenn die Zahl der gegen die Außerparlamentarische Opposition gerichteten Prozesse auch nur die gleiche bleibt. Dabei haben bis jetzt die Prozesse wegen der Osterereignisse kaum richtig begonnen. Der Rechtshilfefonds ruft daher zur Solidarität auf: Postscheckkonto Berlin-West, 20 35 45, Sonderkonto Rechtshilfe der Republikanischen Clubgesellschaft mbH, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27.

#### POLIZEI WESTBERLIN: FRAGE NACH SS-ANGEHÖRIGEN

Eine Anfrage der Internationalen Liga für Menschenrechte vom 27. Juni 1966 nach der eventuellen Durchsetzung des Westberliner Polizeiapparates mit ehemaligen SS-Angehörigen ist bis jetzt, zwei Jahre danach, noch keiner Antwort für würdig befunden worden. Rechtsanwalt Mahler hatte im Auftrage der Liga gefragt, ob die Angaben des DDR-Braunbuches zutreffend seien. Am 15. August 1966 wurde das Schreiben in Erinnerung gebracht. Im November 1966 ließ sich ein Innensenatsangestellter telefonisch hören und fragte nach "der genauen Fundstelle im Braunbuch". Am 2. August 1967 fragte Mahler brieflich wieder nach. Jetzt redete sich die Innenbehörde - wahrheitswidrig - gegenüber Prof. Flechtheim mit der Ausrede heraus, Mahler habe keine Vollmacht der Liga vorgelegt. Der damalige Innensenator Büsch führte Flechtheim gegenüber weiter aus, er könne Privatpersonen keine Auskünfte über Polizeibeamte geben. Am 15. August 1967 nahm Mahler dazu schriftlich Stellung, kurze Zeit später schrieb der damalige Liga-Präsident, Dr. Curt Radlauer, ebenfalls an den Senat - bis heute steht eine Antwort aus.

#### FALKEN WESTBERLIN: FAHRT IN DIE CSSR

Die Westberliner Falken fahren mit einer 200köpfigen Reisegruppe vom 20. bis 24. November in die CSSR; die Fahrt geht nach Prag, Lidice und Terecin (Theresienstadt). Nach 12 Monaten Unterbrechung nehmen die Falken damit ihre Gedenkfahrten zu Stätten von NS-Verbrechen wieder auf. Die Reise wird die erste einer Westberliner Jugendgruppe in die CSSR nach der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten sein. Anmeldungen zu der Fahrt können unter der Rufnummer 455 10 41 abgegeben werden.

#### FRANKFURT: JUNG-GEWERKSCHAFTLER GEGEN SPD-POLIZIST

80 von 120 Delegierten der Landesjugendkonferenz des hessischen DGB verließen während der Rede des SPD-Stadtrats Kiskalt lautlos die Sitzung und kamen nach der Rede wieder zurück. Sie protestierten damit gegen die Haltung Kiskalts, der als ehemaliger Polizeireferent der Stadt Frankfurt für Ausschreitungen der Polizei bei den Notstandsdemonstrationen verantwortlich gemacht wurde.

#### DORTMUND: ZENTRUM DER SCHÜLERBEWEGUNG IN NRW

In Dortmund fand der Delegiertentag des AUSS-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen statt. Der Sitz des Koordinationszentrums wird auch in Zukunft in dieser Stadt sein (Kontaktadresse: APO-Information, 46 Dortmund-Hörde, Dessauer Straße 28). Der 1. Landesvorsitzende heißt Lothar Birkner, 19 Jahre, Student der Geschichte; stellvertretende Landesvorsitzende sind die Schüler Hartmut Siemon und Dieter Scholz (beide Dortmund).

#### WITZ DER WOCHE

"Zentrales Thema der Sitzung der Bezirksverordnetenfraktion (der SPD von Wilmersdorf) am 30. September war ein Imbiß. Zu einer Ausstellung des Bezirksamtes hatte BV-Vorsteher Dr. Gerhard Walther (SPD) alle Bezirksverordneten eingeladen. Zum anschließenden Imbiß indes benötigte man eine Einladung extra, die nicht an alle Abgeordneten gegangen war. Die ungesättigten Genossen probten in der Fraktion den Aufstand gegen Dr. Walther. Dabei dementierte Harry Klemt, Kreiskassierer, ungefragt den Vorwurf, er wolle ja bloß Nachfolger des BV-Vorstehers werden." (Nachrichtenblatt der oppositionellen Jungsozialisten des Westberliner Kreises Wilmersdorf).

## PERSONALIEN

HERBERT WEHNER, zweiter SPD-Mann, wird Ende Oktober mit der Herausgabe eines Zitatenschatzes geehrt. Der 20jährige Dortmunder Sozialdemokrat Peter Rath hat "Worte des stellvertretenden Vorsitzenden" zusammengestellt, die dieser in seiner Zeit als KPD-Landtagsabgeordneter vor 1933 sprach. Beispiel: "Die koalitionslüsternen sozialdemokratischen Führer helfen der Regierung, ihre Irreführung der Arbeiter zu vollenden."

OTTO SCHILY, als Vertreter der Nebenklage bei der Revision im Kurras-Prozeß erfolgreich, teilt uns mit, daß unser Bericht von dieser Verhandlung einen entscheidenden Fehler enthält: das in der ersten Instanz als Beweismittel nicht benutzte Tonband liefere keinen Hinweis dafür, daß der tödliche Schuß auf Ohnesorg gezielt abgegeben worden sei. Das Band lief vor dem Schuß 2 1/2 Minuten, danach 1 1/2 Minuten. "Dies war deshalb von ausschlaggebender Bedeutung", so schreibt uns Rechtsanwalt Schily, "weil nach den Feststellungen, die Dr. Spengler seinem Gutachten zugrunde gelegt hat, ein Zeitraum von 1 bis 1 1/2 Minuten zwischen dem Hinauffrennen des Angeklagten auf den Hof Krumme Straße und der Abgabe des tödlichen Schusses gelegen haben soll." EXTRA-Dienst bedauert die unpräzise Formulierung seiner Information.

## EXTRA-DOKUMENTATION

### FRITZ TEUFEL: "WIE DIE JUSTIZ SICH SELBST ABSCHAFFT"

Der Kommunarde Fritz Teufel, am Dienstag dieser Woche wegen Go-ins im Rathaus Schöneberg und in der Gedächtniskirche zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt (siehe EXTRA-Dienst 81/II: Festwochen der Klassenjustiz in Moabit), stellte uns die Rekonstruktion seines frei gehaltenen Schlußwortes in diesem Prozeß zur Verfügung. Wir dokumentieren es im Wortlaut:

"Lieber Herr Vorsitzender, geehrter Herr Staatsanwalt, bitte spitzen Sie die Ohren, denn vielleicht gibt es wieder Gelegenheit zu Ordnungsstrafen.

Der Herr Staatsanwalt hat in seinem Plädoyer sein Erstaunen und seine Bestürzung geäußert über mein widersprüchliches und abweichendes Verhalten an den beiden Verhandlungstagen. Es wäre müßig, dem Herrn Staatsanwalt eine Vorlesung zu halten über das Wesende der Ironie von Sokrates bis zur Jetztzeit. Allen denen, die es nicht bemerkt haben, zur Kenntnis: Ich habe am ersten Verhandlungstag mit dem Stilmittel der Ironie genau dasselbe gesagt, was ich am 2. Verhandlungstag in einfacher Sprache ausdrückte.

Während also in dem, was ich sagte, eine Konsequenz lag, die dem Herrn Staatsanwalt entgangen ist, scheint mir interessant genug die Reaktionsweise von Gericht und Staatsanwalt auf mein scheinbar unterschiedliches Verhalten an den beiden Verhandlungstagen. Nach alter Herrenmenschenmanier reagierte der Vorsitzende mit 'Zuckerbrot und Peitsche'. Die Ironie, die er auch nicht verstanden hat, quittierte er mit patriarchalischer Jovialität, die sich äußerte in der Sorge um Schlotterers Frau und Schlotterers Kind (was ihn nicht davon abgehalten hat, die U-Haft von Vater und Ehemann Schlotterer willkürlich zu verlängern) oder in der Besorgnis um meine Gewichtsabnahme während der U-Haft, eine Tatsache, von der der Vorsitzende durch die Zensur meiner Privatpost Kenntnis erlangt hat.

Am 2. Verhandlungstag ist es mir durch eine offenere Sprache gelungen, dem Vorsitzenden die Maske der patriarchalischen Jovialität vom Gesicht zu reißen, ans Licht kam ein kleinbürgerlicher Sadismus, der nicht nur dem Vorsitzenden, sondern der deutschen Justiz überhaupt anhaftet.

Die freie Rede wurde durch Ordnungsstrafen abgeschnitten, nicht etwa weil ich mich weniger geständnisfreudig zeigte als am 1. Tag, wie der Staatsanwalt in seinem Plädoyer irrtümlich behauptete, sondern weil ich der Justiz helfen wollte, strittige Fragen zu klären, etwa den unschönen Verdacht, in der Terminierung der Strafanzeige durch Herrn Sickert sei ein formaler Fehler unterlaufen.

Im Gegenteil, ich stehe zu meinen Untaten und ich verlange die Höchststrafe für meine Verbrechen. Ich bitte das Gericht, ein hartes Urteil zu fällen, denn nur durch harte Urteile, deren Blödsinnigkeit auch dem 'Bild'-Leser ins Gesicht springt, hilft uns die Justiz auf die Dauer, sich selbst abzuschaffen."

## HAFTANSTALT TEGEL: NEUE MATERIALIEN

Der EXTRA-Dienst-Report über die Zustände in der Haftanstalt Tegel (Nummer 81/II) löste fieberhafte Untersuchungen aus. Wie die Westberliner Ausgabe der "Welt" zu melden wußte, hat Justizsenator Hans-Günter Hoppe (FDP) eine Untersuchung unserer Vorwürfe eingeleitet. Bereits am Erscheinungstag unserer Ausgabe - das stand nicht in der "Welt" - tagten in Tegel leitende Beamte der Justiz und des Strafvollzugs. Heute legt EXTRA-Dienst neue Materialien zum Fall Tegel vor: Einmal den Bericht des jungen Psychologen Wörner, der freiwillig in der Haftanstalt gearbeitet hat; zum anderen eine Folge der in der Anstalt illegal erschienenen "Knastzeitungen". Die Zeitungen sind entweder auf Abfallpapier aus der Gefängnisdruckerei oder auf Toilettenpapier hergestellt, und zwar mit einem Kinderdruckkasten. Auf die Idee, eine Zeitung herzustellen, kamen die Gefangenen nicht von ungefähr: Im Gefängnis gibt es sogenannte Vormelder - Meldezettel, die den Wächtern übergeben werden, wenn man die Anstaltsleitung sprechen will. In der letzten Zeit häuften sich die Fälle, in denen die Vormelder nicht berücksichtigt wurden. Die Gefangenen fanden kein Gehör mehr. Sie verschafften es sich mittels Flugblatt, mittels Zeitung. EXTRA-Dienst dokumentiert diese Zeitungen, auch wenn die technische Wiedergabe mangelhaft ist: Es handelt sich um Zeitdokumente.

## "EXEMPLARISCHES LERNEN" IN TEGEL / VON EKART WÖRNER

Der "Straf"vollzug in der "Straf"anstalt Tegel wird 1968 bis auf das, was "UNIHELP-Gesellschaft der Freunde der Universalstiftung Helmut Ziegner" dort geleistet hat, im wesentlichen so wie vor 70 Jahren "durchgeführt", als die Anstalt gebaut wurde. Durch UNIHELP wurden wenigstens Vorträge und regelmäßiger Unterricht in die Anstalt gebracht.

Die für 1400 Gefangene angelegte Anstalt war im September letzten Jahres mit 1850 Gefangenen vollgepropft - eine Überbelegung von 430 Gefangenen. Das Haus II, das nachts von ganzen sechs Beamten bewacht wird, hatte man mit über 800 Gefangenen belegt - viele davon waren zu dritt in einer Zelle, die die Maße 3,5 mal 2,5 Meter hat. Von den insgesamt 1850 Gefangenen waren zu jener Zeit - Folge der allgemeinen, vor den Gefängnissen nicht Halt machenden Rezession - 42 Prozent arbeitslos. Unter diesen Umständen drohte eine Meuterei. Der Anstaltsleiter ließ daher UNIHELP mit einem großen Vortragsprogramm einrücken.

Als in diesem Jahr dann die wirtschaftliche Rezession abflaute und in der Anstalt wieder mehr Arbeitsplätze zur Verfügung standen, wurde das Vortragsprogramm bis auf die Volkshochschulkurse in den Abendstunden zusammengestrichen. Das ganze Programm hatte offenbar also nur dazu gedient, den Gefangenen die Augen auszuwischen und für die Außenwelt ein Alibi abzugeben; und so sagte denn auch ein "Spiegel"-Journalist: "Aber Tegel ist doch die modernste Anstalt in Deutschland". Nur noch spektakuläre Auftritte, wie demnächst die der Westberliner Bürgermeister Schütz und Neubauer, sollen noch tagsüber stattfinden; Ex-Regierender Heinrich Albertz und, zu einem zweiten Vortrag, Günter Grass, wurden vom Anstaltsleiter ebenso abgelehnt wie früher schon die Studentenvertreter Häussermann, Kadritzke und Nevermann, um "einer Radikalisierung der Gefangenen" vorzubeugen (siehe FU-Spiegel Januar 1968).

Als Entlastung empfindet offenbar die Anstaltsleitung das kürzlich bezogene "Verwahrhaus" IV. Die Anstalt benutzt es als Aushängeschild. Von den Gefangenen aber wird die Verlegung nach dort meist als Strafe interpretiert. Warum das so ist, sollte der Rechtsausschuß herauszufinden suchen, der sich demnächst um den Strafvollzug kümmern will. Der Ausschuß könnte seine Glaubwürdigkeit beweisen, gelänge es ihm, dem Anstaltsleiter Wilhelm Glaubrecht den stereotypen Einwand "... aber wir sind doch hier an der Front" auf jedes Argument für eine Besserung der Zustände abzugewöhnen.

Der Anstaltsrat, Obermedizinalrat Dr. Hiob, interpretiert seinen Auftrag an der Front beispielsweise so: Ein Gefangener, von dem bekannt ist, daß er bereits auf barschen Tongewalttätig reagiert, kommt mit ausgestreckter Hand, die ihn wegen eines Überbeins schmerzt, auf ihn zu und bittet ihn um eine Untersuchung. Dr. Hiob fordert ihn, die Hand



ignorierend, auf, den Oberkörper frei zu machen. Der Gefangene nimmt daraufhin ein Stilet und verlangt drohend eine Schmerztablette, weil er sich - wie er sagt - "verscheis-sert" vorkommt. "Den hippokratischen Eid, der von dem Arzt den unterschiedslosen Ein-satz für alle seine Patienten verlangt" (Alzheimer) befolgt Hiob, indem er gegen den Pa-tienten Anzeige wegen Nötigung erstattet. Die Anzeige wird als Gutachten aufgesetzt, das den Gefangenen als unverbesserlichen Berufsverbrecher darstellt.

Frontkameraderie stellt der Anstaltsarzt Dr. Borz (siehe auch Zeitung Nummer 2) unter Beweis, indem er einem im Zuchthaus einsitzenden ehemaligen KZ-Kapo ein entlastendes Gutachten schreibt, nachdem dieser - wütend darüber, daß er statt einiger nur eine ein-zige Schlüsselposition in der Anstalt bekommt - seine Kalfaktorzelle samt anstaltseigener Schreibmaschine kurz und klein geschlagen hatte.

Eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Meinungsforschung hat ergeben, daß 72 Pro-zent aller Bundesdeutschen "meinen", "die Verbrechen nehmen bei uns immer mehr zu" (Frankfurter Rundschau, Nr. 234/68); die Umfrage lief unter dem Thema: Wovor haben die Deutschen Angst? Doch die Strafanstalten erzeugen und erhärten in ihrem gegenwärtigen Zustand immer den infantilen und analen Charakter, der - sei es aus Schuldgefühl (siehe dazu Dr. Theodor Reik, "Geständniszwang und Strafbedürfnis") oder Dissoziali-tät - unter Beihilfe von "Bild" das Angstpotential erst schafft, das die Grundlage von Po-litik bei uns allemal ist.

Der einzige Ausweg besteht darin, die Anstalten nach den Bedürfnissen zu ordnen und zu dezentralisieren. In solchen Anstalten könnte nicht passieren, worüber EXTRA-Dienst in seiner letzten Ausgabe berichtete. In diesen Anstalten könnte dann zu Eigeninitiative ermutigt und diese gefördert werden. In Tegel gibt es Ansätze in dieser Richtung nur in der Form von Mal- und Sprachkursen, in der Form von Sport (von dem ein Hauptwacht-meister aber alle Gefangenen mit Bart ausschließt) und in Form eines Kursus über frü-he (!) chinesische Geschichte. Jeder Gefangene aber, der nicht kuscht, kann von diesen "Vergünstigungen" ausgeschlossen werden. Denn all das, was für einen Menschen lebens-notwendig ist, k a n n als Vergünstigung gewährt werden.

Einige Gefangene nun haben dieses System unterlaufen und stellten heimlich eine Zeitung her - in Plötzensee gibt es so etwas schon lange ganz offiziell. Die ersten vier Nummern werden hier dokumentiert. Als die dritte Nummer, die sich bezeichnenderweise nicht mit der NS-Vergangenheit des Direktors beschäftigte, sondern mit einem Ausblick auf die Zukunft, erschienen war, wurde die Anstalt dicht gemacht. Zwei freiwillige "Straf"voll-zugshelfer, denen man wohl nachweisen können wird, daß sie das Zeitungsprojekt zumin-dest kannten, erhielten Hausverbot. Die anderen bleiben draußen, bis sie "politisch über-rüft" sind.

Inzwischen wurden gegen das Tegeler Pressesyndikat staatsanwaltschaftliche Ermittlun-gen eingeleitet. Sie führt der Staatsanwalt Tanke, der schon im Warenhaus-Brandstifter-Prozeß bewiesen hat, daß er mit dem Geist, der Flugblätter erzeugt, nicht lange fackelt. Der Leitende Regierungsdirektor Glaubrecht (irrtümlich hatte ihm EXTRA-Dienst in der letzten Ausgabe einen Dokortitel angedient) eilte mit einem Arm voll gefilzten Materials und einer sichergestellten weißen Fahne zum Justizsenator Hoppe, um sich Rückendeckung für energische Maßnahmen zur Rükeroberung von "Sicherheit und Ordnung" in der An-stalt zu verschaffen. Er wurde aber an die Front mit der Maßgabe zurückgeschickt, die Affäre herunterzuspielen. Die Gefangenen, denen man Beteiligung am Pressesyndikat nachweisen konnte, wurden isoliert, bekamen Einzelfreistunde, selbst das Essen wird ih-nen nicht mehr von Mitgefangenen, sondern von Beamten gereicht. Einer von ihnen schrieb jetzt nach draußen: "Ich weiß nicht, wie lange ein Mensch das aushalten kann." Derweil Glaubrecht sicherstellte, daß zwei von denen, "die sich mit diesen gemeinen Subjekten und Verbrechen gemein gemacht hatten", ihre freiwillige Arbeit in der An-stalt beenden mußten, legte er sich eine Mappe mit Huldigungsschreiben aus der Zucht-hausabteilung an. Und ging "in den immer wieder verschobenen Urlaub", wie er sagt; es wäre eine Gelegenheit, ihn dort zu lassen.

**ACHTUNG!**  
Dies ist eine neue Stimme,  
die sich von nun an kritisch  
mit unserem derzeitigen

Heim"beschäftigen wird.  
Wir hoffen einigermassen  
regelmässig zu erscheinen,  
& bitten deshalb alle, die  
sich dafür interessieren sich  
einen Titel für diese "Knastr-  
zeitung" ausdenken. (Vor-  
schläge weren zur Kennt=

№ 3 / 1968

**Was ist paradox ?**  
Wenn Glaubrechts Sohn, weil  
er die verständnislose, auto-  
ritäre & dumme Erziehung  
seines Vaters satt hat, von  
Zuhause abhaut, & sich bei  
der APO wohler fühlt.  
Wir hauen natürlich nicht  
ab, und freuen uns, dass wir  
nun alle als Ausgleich für  
den erlittenen Verlust die=

**ACHTUNG!**

nis genommen.

Sicherheitshalber müssen  
wir anonym bleiben!

Die Auflage ist klein, des  
halb unbedingt weitergeben!!

Geht sparsam mit Klosett =  
papier um, es ist auch aus =  
gezeichnet geeignet vom  
Strafvollzug die Scheisse  
abzuwischen!!

nen können, indem wir uns  
geduldig von ihm weiter,  
wie seine "Söhne" behan =  
deln lassen. (Siehe oben!)

**MERKE**

Pappi ist der Beste!  
Glaubrecht weiss was Söhne  
wünschen!

№ 4 1968

Wir haben zwar nicht die  
Macht auf unserer Seite,  
aber das Recht! Das Recht,  
in dessen Namen wir ver-  
urteilt sind garantiert uns  
auch

1. ein menschenwürdiges  
Dasein (auch im Knast!)
2. uns nicht von Leuten  
wie Glaubrecht und Konsor-  
ten unterdrücken lassen zu  
müssen
3. sagen zu dürfen, was  
wir denken

Antwort = nackte Gewalt!  
Vogts Zelle wurde gefilzt,

weil er Flugblätter verteilt  
hat. Selbst ein Staatsanwalt  
wurde bemüht! Ergebnis =  
so gut wie Null! Und Nullen  
sind es auch, die das ver-  
anlassen

№ 2/1968 ACHTUNG, es geht weiter

Was ist  
Scheisse?

Scheisse, auch Exkrement genannt, ist das  
was herauskommt, wenn man täglich für  
1,92 DM. ernährt wird. Polizeihunde kriegen  
den 25 Prozent mehr !!

Nicht nur Kalorien, sondern auch vita-  
mine & andere Aufbaustoffe sind nötig!  
Mangelercheinungen zeigen sich nicht  
nur in Gewichtsverlust. Manchmal ist das  
Gegenteil der Fall. Weitere  
Symptome: Haarausfall, schlechte Zähne,  
Pickel, Mattigkeit.

Bleibende Schäden!!

Wir brauchen keinen „KZ“-Arzt der kaum den Arsch vom Stuhl hoch kriegt & der einen Sprachfehler hat: er kann nicht „Ja“ sagen! Ergebnis: Scheisse!!

Wenn man nicht soviel mit Scheissen beschäftigt wäre, um den Mist wieder los zu werden, würde man ganz gerne öfter mal

### KOTZEN !!

----- anzeigen -----  
DURCH EINEN AUTOUNFALL auf der Rückfahrt von den Springeraktionen in Esslingen an Ostern 1968 ist der SDS Freiburg mit mehreren tausend DM hoch verschuldet. Seine politische Arbeit an der Hochschule ist daher erheblich behindert. Er bittet um Spenden auf das Konto "VW-Bus, Bank für Gemeinwirtschaft, Freiburg, Nummer 71 085".  
-----

SOZIALISTISCHER KINDERGARTEN CHARLOTTENBURG sucht dringend Mann oder Frau, der/die bereit wäre, eine Gruppe von 6 Kindern im Alter von zwei bis dreieinhalb Jahren zu beaufsichtigen und sich an der pädagogischen und politischen Arbeit praktisch und theoretisch zu beteiligen. Angemessene Bezahlung für fünf Tage in der Woche. Bitte sofort melden über Conradt, Telefon 883 45 58.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab . . . . . 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME: . . . . .  
WOHNORT: . . . . .  
STRASSE: . . . . .  
DATUM: . . . . .      UNTERSCHRIFT: . . . . .